

# Gesundheitsamt

der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg

---

Gesundheitsamt Niersteiner Straße 3 64295 Darmstadt  
Postfachadresse 64220 Postfach 110527

---

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
JK/ Bo.

Telefon: 0 61 51 – 33 09 – 85  
Fax: 0 61 51 – 31 91 34

Darmstadt, den  
10.02.2021

## **Allgemeinverfügung** **für die Wissenschaftsstadt** **Darmstadt**

### **zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus (SARS-CoV-2) im Stadtgebiet**

Aufgrund von §§ 16, 28 Abs. 1, 28a Abs.1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S.1045), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397), in Verbindung mit § 5 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) vom 28. September 2007 (GVBl. I S. 659), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06. Mai 2020 (GVBl. S 310), sowie § 9 der Verordnung zur Beschränkung von sozialen Kontakten und des Betriebes von Einrichtungen und von Angeboten aufgrund der Corona-Pandemie (Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung) des Landes Hessen vom 26. November 2020 (GVBl. S. 826), zuletzt geändert durch die 26. Verordnung zur Anpassung der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 01. Februar 2021 (GVBl. S. 38), ergeht folgende

Flexible Arbeitszeit ohne  
Kernarbeitszeit  
Anreise siehe:  
Anfahrt ÖPNV:

Parkmöglichkeit:

Anrufe bitte: Mo.-Do. 8.00-16:00 Uhr, Fr. 8.00-12.00 Uhr

[www.gesundheitsamt-dadi.de/anfahrt-lage/anfahrt-lage](http://www.gesundheitsamt-dadi.de/anfahrt-lage/anfahrt-lage)  
Buslinie H (Haltestelle Fliederberg), Buslinie R (Haltestelle Haardtring),  
Straßenbahnlinien 1, 6, 7 und 8 (Haltestelle Bessunger Straße) oder  
Südbahnhof Darmstadt

Parkplatz direkt vor dem Gebäude vorhanden

## **ALLGEMEINVERFÜGUNG**

Abweichend von den Bestimmungen der Verordnung zur Beschränkung von sozialen Kontakten und des Betriebes von Einrichtungen und von Angeboten aufgrund der Corona-Pandemie (Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung) des Landes Hessen vom 26. November 2020 in der ab dem 03. Februar 2021 gültigen Fassung wird für die Wissenschaftsstadt Darmstadt angeordnet:

1. Bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Einrichtungen muss eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden.
2. Im Bereich des wie folgt begrenzten Gebiets: Im Osten beginnend von der Kirchstraße, Richtung Norden, im weiteren Verlauf Holzstraße, Schlossgraben, von hier in westliche Richtung Zeughausstraße, Bleichstraße bis zur Einmündung Grafenstraße, Grafenstraße Richtung Süden bis zur Elisabethenstraße, Elisabethenstraße Richtung Westen bis zur Einmündung Zimmerstraße, Zimmerstraße Richtung Süden bis zur Hügelstraße, Hügelstraße Richtung Osten bis zur Kirchstraße ist im Zeitraum von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Die genannten Straßen sind Teil des Geltungsbereichs, soweit sie diesen begrenzen.

Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne der Ziffer 1 und 2 ist jede Bedeckung vor Mund und Nase, die aufgrund ihrer Beschaffenheit unabhängig von einer Kennzeichnung oder zertifizierten Schutzkategorie geeignet ist, eine Ausbreitung von übertragungsfähigen Tröpfchenpartikeln oder Aerosolen durch Husten, Niesen oder Aussprache zu verringern. Kinnvisiere sind ausdrücklich keine geeigneten Mund-Nasen-Bedeckungen. Ziffer 1 und Ziffer 2 erster Absatz gilt nicht für Kinder unter 6 Jahren oder Personen, die aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder Behinderung keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen können.

3. Zusammenkünfte und Veranstaltungen nach § 1 Abs.2 b) Satz 1 Corona- Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung sind unabhängig von der Teilnehmerzahl nur bei besonderem öffentlichen Interesse zulässig und bedürfen der Genehmigung des Gesundheitsamtes unter Vorlage eines abgestimmten Hygienekonzeptes.
4. Diese Allgemeinverfügung tritt am 16.02.2021 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 16.03.2021 außer Kraft.

### **Begründung:**

Seit Januar 2020 treten in Deutschland Infektionen mit dem Coronavirus SARS CoV-2 (severe acute respiratory syndrome coronavirus 2) auf. Das Virus wurde Ende 2019 zuerst in der chinesischen Stadt Wuhan entdeckt und breitete sich von dort weltweit aus. In jüngster Zeit ist zudem eine Verbreitung einiger neuer Varianten von SARS-CoV-2 (B.1.1.7, B.1.351 und B.1.1.28) zu verzeichnen. Die Varianten wurden zwischenzeitlich auch in Deutschland nachgewiesen. Das Virus kann beim Menschen die Erkrankung COVID-19 (coronavirus disease 2019) auslösen. COVID-19 manifestiert sich zunächst als Infektion der oberen Atemwege mit respiratorischen Symptomen wie Fieber und trockenem Husten. Als weitere häufige typische Symptome sind Durchfall, Störungen des Geruchs- bzw. Geschmackssinns und Atemnot beschrieben. Die Erkrankung verläuft überwiegend moderat, es werden jedoch auch schwere Fälle beschrieben, bei denen eine schwere beidseitige Pneumonie (Lungenentzündung) oder akutes Lungenversagen auftreten.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) sind insgesamt 2% aller Personen, für die bestätigte SARS-CoV-2 Infektionen in Deutschland übermittelt wurden, im Zusammenhang mit einer COVID-19-Erkrankung verstorben (Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2

und COVID-19, [www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html](http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html), Stand 25.01.2021, abgerufen am 08.02.2021). Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit für eine schwere Erkrankung, die eine intensivmedizinische Betreuung erforderlich machen kann, mit zunehmendem Alter (Immunseneszenz) und dem Vorliegen von Vorerkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Erkrankungen des Atmungssystems, der Leber, der Niere, Krebserkrankungen oder Faktoren wie Adipositas, Rauchen oder ein unterdrücktes Immunsystem. Schwere und tödliche Verläufe treten jedoch auch bei jüngeren Personen und Personen ohne Vorerkrankungen auf, auch wenn sie bei diesen nicht so häufig wie bei den zuvor genannten Personengruppen vorkommen. Aufgrund der Neuartigkeit des Krankheitsbildes lassen sich gegenwärtig noch keine zuverlässigen Aussagen zu Langzeitauswirkungen und (irreversiblen) Folgeschäden durch die Erkrankung bzw. notwendige Behandlungen (etwa in Folge einer Langzeitbeatmung) treffen. Allerdings deuten Studiendaten darauf hin, dass an COVID-19 Erkrankte auch Wochen bzw. Monate nach der akuten Erkrankung noch Beschwerden aufweisen können (Langzeitfolgen).

Die COVID-19-Erkrankung ist auch dann schon infektiös, wenn beim Erkrankten noch keine Symptome bestehen und kann deshalb ungeschützt leicht auf Dritte übertragen werden. Der Hauptübertragungsweg für SARS-CoV-2 ist die respiratorische Aufnahme virushaltiger Partikel, die beim Atmen, Husten, Sprechen, Singen und Niesen entstehen. Auch eine Übertragung durch kontaminierte Oberflächen wird angenommen. Es bestehe nach Einschätzung des RKI auch im Freien ein – wenn auch insgesamt selteneres – Übertragungsrisiko, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern ohne Mund-Nasen-Bedeckung unterschritten wird, etwa wenn Gruppen von Personen an einem Tisch sitzen oder bei größeren Menschenansammlungen. Eine Maske (Mund-Nasen-Schutz oder Mund-Nasen-Bedeckung) kann das Risiko einer Übertragung durch Partikel jeglicher Größe im unmittelbaren Umfeld um eine infizierte Person reduzieren.

Weitere Informationen finden sich unter [www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html](http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html) (Stand beim RKI 25.01.2021, abgerufen am 08.02.2021)

Das RKI ist nach § 4 Abs. 1 Satz 1 IfSG nationale Behörde zur Vorbeugung übertragbarer Krankheiten sowie frühzeitigen Erkennung und Verhinderung der Weiterverbreitung von Infektionen. Es entwickelt epidemiologische und laborgestützte Analysen zu Ursache, Diagnostik und Prävention übertragbarer Krankheiten und erforscht selbige.

Am 25. März 2020 stellte der Deutsche Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite in Deutschland im Sinne des § 5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) fest. Das RKI beschreibt in seinem Lage-/Situationsbericht vom 07.02.2021, dass nach wie vor eine hohe Anzahl an Übertragungen von SARS-CoV-2 in der Bevölkerung in Deutschland zu beobachten sei. Nach einem starken Anstieg der Fallzahlen Anfang Dezember, einem Rückgang während der Feiertage und einem erneuten Anstieg in der ersten Januarwoche sinken die Fallzahlen nun zwar leicht. Das RKI schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland aber insgesamt als sehr hoch ein. Der 7 Tage R-Wert liege aktuell leicht unter 1. Das bedeute, dass trotz sinkender Neuinfektionen in Deutschland, eine weiterhin hohe Zahl von täglichen Neuinfektionen zu verzeichnen sei. Bundesweit gibt es in verschiedenen Kreisen Ausbrüche, die nach den an das RKI übermittelten Daten aktuell vor allem in Zusammenhang mit Alten- und Pflegeheimen, privaten Haushalten und dem beruflichen Umfeld stehen. Zusätzlich findet in zahlreichen Kreisen eine diffuse Ausbreitung von SARS-CoV-2-Infektionen in der Bevölkerung statt, ohne dass Infektionsketten eindeutig nachvollziehbar seien. Die Verbreitung der neuen Varianten von SARS-CoV-2 (B.1.1.7, B.1.351 und B.1.1.28) ist zudem nach Einschätzung des RKI inzwischen besorgniserregend. Das genaue Infektionsumfeld lässt sich häufig nicht ermitteln. Ältere Personen sind aktuell sehr häufig von COVID-19 betroffen. Die 7-Tage-Inzidenz bei Personen im Alter von 60-79 Jahre liegt aktuell bei 59 und bei Personen über 80 Jahre bei 132 Fälle/100.000 EW. Da sie

auch häufiger schwere Erkrankungsverläufe erleiden, bewege sich die Anzahl schwerer Fälle und Todesfälle weiterhin auf hohem Niveau. Diese könnten vermieden werden, wenn alle mit Hilfe der Infektionsschutzmaßnahmen die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus verlangsamen. Daher sei es weiterhin notwendig, dass sich die gesamte Bevölkerung für den Infektionsschutz engagiere, z. B. indem sie Abstands- und Hygieneregeln konsequent – auch im Freien – einhält, Innenräume lüftet und, wo geboten, eine OP-Maske (Mund-Nasen-Schutz, MNS) oder eine FFP2-Maske (bzw. KN95 oder N95-Maske) korrekt trägt. Menschenansammlungen – besonders in Innenräumen – sollten möglichst gemieden werden.

Die Bundeskanzlerin hat am 05.01.2021 mit den Regierungschefinnen und -chefs zu den von diesen bereits beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus weitere konkrete Maßnahmen zur Eindämmung beschlossen. Das Land Hessen hat diese Maßnahmen auf Landesebene im Wesentlichen unverändert umgesetzt und aktualisiert mit der 26. Verordnung zur Anpassung der Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 01.02.2021 verankert.

Gemäß des Gemeinsamen Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zum Präventions- und Eskalationskonzept zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung von SARS-CoV-2 in Hessen vom 21.01.2021 sind die Landkreise und kreisfreien Städte angewiesen worden, das durch Beschluss der Hessischen Landesregierung letztmalig geänderte Präventions- und Eskalationskonzept vom 20.01.2021 bei ihren Maßnahmen umzusetzen. Die hierin getroffenen Festlegungen sind für verbindlich erklärt worden.

Vor dem Hintergrund, dass auch in der Wissenschaftsstadt Darmstadt weiterhin hohe Infektionszahlen zu verzeichnen sind (Stand 03.02.2021: Inzidenz 78,8; Stand 08.02.2021: Inzidenz 59,4), müssen alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Die Anordnungen dieser Allgemeinverfügung tragen als ergänzende Maßnahmen zum Infektionsschutz bei.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Einrichtungen sowie in Fußgängerzonen ist nach Einschätzung des RKI durchaus geeignet, eine Verbreitung von Viren zu beschränken. Dies ist gerade an Orten, an denen Menschenansammlungen zu erwarten sind bzw. Menschen ohne ausreichenden Abstand einander begegnen, von besonderer Bedeutung und damit ein erforderliches und zudem angemessenes Mittel zur Infektionsvorbeugung. Die zeitlich- und situativ-begrenzte Einschränkung der grundrechtlich geschützten Handlungsfreiheit steht nicht außer Verhältnis zu dem angestrebten Ziel, die Verbreitung der Erkrankung so gut wie möglich zu verhindern bzw. zu verlangsamen. Im Gegenteil, das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung steht in einem angemessenen Verhältnis zum – vergleichsweise geringen – Gewicht des Eingriffs in die allgemeine Handlungsfreiheit. Nach dem Eskalationskonzept des Landes Hessen ist darüber hinaus das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung für besonders belebte Straßen und Plätze ab einer Inzidenz > 50 mindestens zu empfehlen. Dies beruht auf Untersuchungen, die belegen, dass ein relevanter Anteil von Übertragungen von SARS-CoV-2 unbemerkt erfolgt, d.h. vor dem Auftreten der ersten Krankheitszeichen. Aufgrund der Entwicklung und der immer noch hohen Inzidenzzahlen in Darmstadt (Stand 03.02.2021: Inzidenz 78,8; Stand 08.02.2021: Inzidenz 59,4) wird eine bloße Empfehlung als nicht ausreichend gesehen, sondern ist eine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in dem unter Ziffer 2. genannten Bereich anzuordnen. Die erweiterte Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung betrifft alle Passanten in dem von den umfassten Straßen erfassten Gebiet. Dabei handelt es sich um regelmäßig hoch frequentierte Einkaufsstraßen, in denen bei starken Besucherströmen der Mindestabstand von 1,50 Meter nicht eingehalten werden kann. § 1a Abs.1 Nr.9 der Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung schreibt das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in Fußgängerzonen ausdrücklich vor.

Immer dann, wenn eine Vielzahl von Personen zusammenkommt, ist das Risiko einer Übertragung besonders hoch. Insbesondere in geschlossenen Räumen und wenn die anwesenden Personen ein vertrautes Verhältnis zueinander haben, zeigt sich ein erhöhtes Infektionsrisiko. Aus diesem Grund ist nicht nur die Anordnung Mund-Nasenschutz im Kernbereich der Innenstadt und zu Zeiten, in denen dieser regelmäßig hoch frequentiert ist, zu tragen (Ziffer 2), sondern auch deren Verpflichtung bei Zusammenkünften und in öffentlichen Einrichtungen nach Ziffer 1 der Verfügung notwendig.

Der Eingriff in das Grundrecht der betroffenen Personen auf allgemeine Handlungsfreiheit (Art.2 Abs. 1 GG) und das auf Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG gestützte öffentliche Ziel des Schutzes der Gesundheit der Bevölkerung und der Verhinderung der Überlastung des Gesundheitssystems stehen auch für diese Maßnahmen nicht außer Verhältnis zueinander. Die Maßnahmen sollen verhindern, dass sich sogenannte „Hotspots“ herausbilden, die dann eine Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt erheblich erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Zusammenkünfte und Veranstaltungen sind nur bei besonderem öffentlichen Interesse gerechtfertigt. Sie bedürfen der Genehmigung des Gesundheitsamtes nach § 1 Abs.2 b) Corona-Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung um eine Kontaktnachverfolgung durch die zuständige Behörde zu gewährleisten. Das Genehmigungserfordernis stellt darüber hinaus das mildere Mittel zur Begrenzung der Infektionsausbreitung dar als ein vollständiges Veranstaltungsverbot, welches z.B. in der Anfangszeit der Corona-Pandemie ausgesprochen wurde.

Die angeordneten Maßnahmen sind erforderlich. Es stehen insbesondere keine gleich-geeigneten und mildereren Maßnahmen zur Verfügung.

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 37, 64293 Darmstadt schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden.

#### Hinweis:

Eine Anfechtungsklage gegen diese Verfügung hat keine aufschiebende Wirkung (§§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG). Die Allgemeinverfügung muss demnach auch befolgt werden, wenn gegen diese Klage erhoben wird.

Es kann jedoch ein Antrag gemäß § 80 Abs. 5 VwGO im Wege des Eilrechtsschutzes beim obengenannten Gericht eingereicht werden.

Darmstadt, 10. Februar 2021



Dr. med. Jürgen Krahn  
Amtsleiter  
Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen